

Zusammenfassung

Ein Jahr Ausnahmezustand:

Eine permanente Maßnahme für Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen

Inoffizielle und nicht autorisierte Übersetzung der Zusammenfassung des Cristosal-Berichtes vom 29.05.2023. Verbindlich ist das spanische Original:

Resumen ejecutivo: “Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos”,

aufrufbar unter <https://cristosal.org/wp-content/uploads/2023/05/Resumen-ejecutivo-informe-primer-ano-RE-.pdf>

Am 26. März 2022, um 20:04 Uhr, schrieb der Präsident der Republik [El Salvador], Nayib Bukele, eine Nachricht mit seinem Twitter-Konto. Er wies die gesetzgebende Versammlung an, ein "AUSNAHMEREKIME [zu erlassen], in Übereinstimmung mit Artikel 29 der Verfassung der Republik". Fünf Minuten später rief der Präsident der Versammlung, Ernesto Castro, noch in der gleichen Nacht „dringend“ „die Abgeordneten aller Fraktionen des Parlamentes zu einer außerordentlichen Plenarsitzung ein“. Der anberaumte Zeitpunkt der Sitzung war 23:00 Uhr.

Am folgenden Tag, dem 27. März, wurde das Dekret Nr. 333 veröffentlicht, mit dem das "Ausnahmeregime" im gesamten Staatsgebiet eingeführt wurde. In fünf Artikeln wurden den "Institutionen der öffentlichen Sicherheit, der nationalen Zivilpolizei und den Streitkräften vollständige Befugnisse erteilt, um die Ordnung, die Sicherheit der Bürger*innen und die territoriale Kontrolle wiederherzustellen" (Art. 1) und Verfassungsgarantien auszusetzen, "die in den Artikeln 7, Artikel 12 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 2 und Artikel 24 in Verbindung mit Artikel 131 Absatz 27 und Artikel 29 der Verfassung geregelt sind." (Art. 4). In einer weiteren Nachricht auf Twitter versicherte Präsident Bukele nach der Bekanntgabe der Sanktion und der Veröffentlichung im Amtsblatt, dass "für die große Mehrheit der Menschen das Leben wie gewohnt weitergehen wird".

Doch für viele Menschen in El Salvador ging das Leben nicht normal weiter. Mehr als 13 Monate sind vergangen seit diesen Botschaften in den sozialen Netzwerken und seit dem Inkrafttreten des Notstandsregimes. Die Auswirkungen dieser Bestimmungen sind bei Tausenden von Salvadorianer*innen, deren Grundrechte verletzt wurden, ständig präsent. Auf der Grundlage spärlicher offizieller Daten, aber mit Hilfe mutiger Zeugenaussagen von Opfern, hat Cristosal eine große Menge Dokumente und Tonaufnahmen zusammentragen, die die systematische Verletzung von Menschenrechten durch den salvadorianischen Staat belegen.

Mit der Notstandsregelung wollte die Regierung nach eigenen Angaben eine beispiellose Welle der Gewalt eindämmen, die innerhalb von drei Tagen 87 Salvadorianerinnen und Salvadorianer das Leben gekostet hatte. Doch aus den gewalttätigen Aktionen der kriminellen Gruppen, die diese Morde begangen haben, ist staatliche Gewalt gegen alle Menschen geworden - insbesondere gegen die Ärmsten. Ohne vorherige Ermittlungen wurden Tausende von Menschen gefangen genommen und sind der Folter sowie grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung unterworfen. Dies geschieht in bestehenden Gefängnissen oder in Gefängnissen, die zur Durchsetzung des

Notstandsregimes geschaffen wurden. Der Terror der Banden wurde ersetzt durch systematische staatliche Gewalt.

In diesem Bericht gibt Cristosal einen theoretischen, rechtlichen und empirischen Überblick über die Umsetzung des Notstandsregimes und die schwersten Menschenrechtsverletzungen, die im ersten Jahr des Ausnahmezustands begangen wurden. Die Menschenrechtsverletzungen richten sich nicht nur gegen die Inhaftierten, sondern auch gegen ihre Familien sowie generell gegen die gesamte salvadorianische Gesellschaft. Zusätzlich zu den Hauptopfern des Ausnahmezustands, nämlich den Gefangenen, treffen die Folgen der Gewalt auch ihre Familien und die gesamte salvadorianische Gesellschaft. Diese sind einem Machtspektakel unterworfen, dessen oberstes Ziel es ist, die staatliche Kontrolle durch wortreiche Strategien und den Einsatz von Waffengewalt zu festigen.

Der erste Abschnitt des Berichts legt dar, wie das Notstandsregime ein Beispiel für "Strafpopulismus" und eine Propagandastrategie der Regierung ist, die darauf abzielt, Wahlgewinne zu erzielen und die staatliche Kontrolle zu festigen. Dieser Strafpopulismus, verstanden als wahlpolitische Nutzung der Strafpolitik des Staates, wird von der Propagandamaschinerie unterstützt, die allen Medien nutzt und mit öffentlichen Mitteln geschaffen oder finanziert wird - eine dualistische Rhetorik, die die Gesellschaft in zwei Lager teilt: die Guten und die Bösen, Freunde und Feinde, Wir und die Anderen.

Diese autoritäre Form des Populismus ist eine Neuauflage der "Politik der harten Hand" früherer Regierungen, die zum Wiederaufleben der Bandengewalt und zur Gewinnung von Wahlstimmen für die regierenden politischen Parteien beigetragen hat. Doch mit dem Ausnahmeregime kam eine Neuerung in der Propaganda hinzu, die mit der Sprache der sozialen Netzwerke verwässert wird und sich in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Diese Propaganda hebt den Ausnahmezustand als die beste Politik gegen die Kriminalität in der Geschichte El Salvadors hervor und geht sogar so weit, sie als regionales oder globales Beispiel darzustellen.

Neben der Unterstützung des Notstandsregimes erfolgt eine Verleugnung schwerer Menschenrechtsverletzungen; Menschenrechtsverteidiger*innen werden schikaniert und bedrängt; offizielle Daten über gewaltsame Todesfälle und andere Straftaten wie Verschwindenlassen oder Erpressung werden manipuliert oder verschleiert; der Zugang zu öffentlicher Information wird verweigert; und der politischen Opposition wird die Schuld für die gravierende Unsicherheit im Land zugewiesen.

Bis jetzt ist, wie in diesem Bericht zitiert, "die permanente Aussetzung der verfassungsmäßigen Garantien unter dem Vorwand des Notstandsregimes das einzige Instrument der öffentlichen Politik, das von der Regierung eingesetzt wird". Diese Aussetzung bedeutet, dass sich Menschenrechtsverletzungen mit jeder Verlängerung des Ausnahmezustandes fortsetzen. Dabei kommen immer neue Maßnahmen hinzu, die im Widerspruch zur Verfassung stehen, einer Rechtsprechung zum Schutz aller Menschen entgegen gehen und im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsverträgen stehen.

Zu all dem oben Genannten fügt die Regierung von Nayib Bukele ihrer Propagandastrategie die Zahl der Verhaftungen hinzu, die während des Notstandsregimes vorgenommen wurden. Die Regierung gibt an, dass im ersten Jahr des Regimes mehr als 66.000 Menschen gefangen genommen worden sind (und es wurde öffentlich erklärt, dass 30.000 weitere Verhaftungen noch ausstehen). Was in der Regel verschwiegen wird, sind die Motive und die Art und Weise, wie die Verhaftungen durchgeführt wurden: Verhaftungen ohne Ermittlungen; Verhaftungen aufgrund von Vorstrafen; Verhaftungen aufgrund von anonymen Anzeigen; Verhaftungen wegen Tätowierungen (mit Bandenbezug oder anderweitig); wegen Streitigkeiten; wegen der Erfüllung von Verhaftungsquoten; oder weil die Personen in Gebieten leben, in denen Banden ansässig sind. Diese Form der Verschleierung umgeht

die staatliche Rechenschaft für Verhaftete, die keine Verbindungen zu Banden haben - was zynisch als "Kollateralschaden" bezeichnet wird - und die in ähnlicher Weise allen möglichen Misshandlungen ausgesetzt waren, welche sogar zu gewaltsamen Todesfällen führten.

Wie aus dem zweiten Abschnitt des Berichts hervorgeht, gingen bei Cristosal im ersten Jahr des Ausnahmezustands 3.275 Anzeigen ein, die 3.403 Personen betreffen, deren Menschenrechte verletzt wurden. Von dieser Gesamtzahl sind der höchste Prozentsatz Männer (85,5 %), gefolgt von Frauen (13,9 %) und 55 Personen aus der LGBTIQ+-Gemeinschaft. Eine alarmierende Tatsache ist die Altersgruppe, der die Opfer angehören: 58,7 % der Opfer sind zwischen 18 und 30 Jahren alt, d. h. wirtschaftlich aktive Menschen, die für den Lebensunterhalt ihrer Familien sorgen. Die Haupttäter sind die Nationale Zivilpolizei (PNC) und die Streitkräfte von El Salvador (FAES), die nicht nur willkürliche Verhaftungen durchgeführt haben, sondern auch Familienangehörige der Gefangenen verletzt haben.

Cristosal hat Muster willkürlichen Verhaltens während des Notstandsregimes festgestellt, die sich wie folgt kategorisieren lassen:

- a) Fehlen eines ordnungsgemäßen Verfahrens;
- b) Fehlen von Ermittlungen vor der Verhaftung;
- c) rechtswidrige Inhaftierungen und doppelte Strafverfolgung;
- d) rechtswidrige Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen;
- e) Festnahme aufgrund anonymer Anzeigen;
- f) zweite Festnahme von Personen mit Haftbefehl;
- g) Festnahmen aufgrund eines Vorstrafenregisters oder eines polizeilichen Führungszeugnisses;
- h) Stigmatisierung aufgrund von Tätowierungen;
- i) fehlende Information der Familien über den Ort der Inhaftierung und Verweigerung des Kontaktes¹.

Diese Praktiken entsprechen einer Politik der Repression und des Terrors und ihr systematischer und allgemeiner Charakter beweisen, dass sie nicht das Ergebnis eines isolierten Verhaltens sind, sondern das Ergebnis von Richtlinien, die von den höchsten Regierungsbehörden ausgehen.

Was das willkürliche Verhalten betrifft, so lassen die Aussagen der Opfer auch eine systematische Reihe von Menschenrechtsverletzungen erkennen. Ein junger Mann von 20 Jahren erzählte, wie er nachts in seinem Haus gefangen genommen wurde, "um ihn zu verhören". Ähnlich wie die Todesschwadronen oder Sicherheitskräfte, die während des bewaffneten Konflikts tätig waren, wurde er "in ein graues Fahrzeug mit verdecktem Kennzeichen gesetzt. Sie sagten ihm nicht, warum sie ihn festhielten, sondern nur, dass gegen ihn ermittelt werde".

Ein weiterer schwerwiegender Verstoß, der in diesem Bericht festgehalten wird, betrifft Personen, die Alternativen zur Inhaftierung erhalten haben, aber dennoch in Haft blieben. Andere Personen wurden beim Verlassen des Gefängnisses erneut inhaftiert oder noch innerhalb desselben Gefängnisses wieder gefangen genommen. Alle diese Fälle stellen eine rechtswidrige Inhaftierung und eine doppelte Verurteilung dar. Ein 23-jähriger Mann berichtete: "Sie zwingen dich, das Verfahren der Freilassung zu durchlaufen. Sie durchsuchen dich und alles andere; dann gehst du raus bis zum Tor; es gibt eine Kabine am Eingang des Gefängnisses, dort sahen wir die Polizisten und den Wachmann, der ihnen unsere Papiere gab, und dann gingen wir wieder hinein."

Darüber hinaus gibt es Aufzeichnungen über Fälle von Inhaftierten, die verschwunden sind. Das Fehlen von Information und das Nichtvorhandensein von Registern über inhaftierte Personen ist daher zweifellos eine bewusste Praxis der Intransparenz, die verhindert, dass der Aufenthaltsort der

¹ Nummerierung korrigiert, Anm. d. Ü.

Inhaftierten bekannt wird, und die Unsicherheit und Leid für die Familien erzeugt, insbesondere wenn ein Dritter Informationen über den verstorbenen Angehörigen bringt.

Die Schwester eines 23-jährigen Mannes berichtete: "Mir wurde gesagt, dass ein Bestattungsunternehmen nach mir sucht. Wir trafen uns, ich wurde gefragt, ob es mein Bruder sei und man zeigte mir ein Bild von ihm... Da wurde ich wütend. Sie sagten mir einfach, dass er gestorben sei. Er fragte mich, ob ich wolle, dass sie die Leiche abholten. In diesem Moment rief auch meine Mutter an und zwei andere Bestattungsinstitute kamen, die die gleichen Informationen über ihn hatten." Ein Verwandter eines Mannes, der im Alter von 53 Jahren starb, sagte: "Ich war draußen im Busch, als ich zurückkam und viele weinende kleine Mädchen vorfand, die sagten, dass ihr Vater gestorben sei. Es gab ungefähr vier Beerdigungsunternehmen, die kamen, um zu sehen, welches man nehmen würde. Er [der Verstorbene, Anm. d. Ü.] trug Handschellen und eine Nadel wie einen Nagel in seinem Auge."

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Berichts ergibt sich aus der Untersuchung der Todesfälle von Häftlingen. Unter den Todesursachen sind der willkürliche Tod durch Handeln oder Unterlassen aufgrund der staatlichen Verantwortung, die das Wachpersonal für Personen hat, denen die Freiheit entzogen wurde. Es werden vier Kategorien unterschieden, die die möglichen Todesursachen veranschaulichen: gewaltsamer Tod, wahrscheinlicher gewaltsamer Tod, natürlicher oder pathologischer Tod und Tod mit Verdacht auf eine Straftat. Vorläufige Daten aus dieser Untersuchung zeigen, dass zwischen dem 27. März 2022 und dem 27. März 2023 139 Personen in staatlichem Gewahrsam gestorben sind (4 Frauen und 135 Männer); es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass die Gesamtzahl viel höher ist. Im April 2023 wurden 14 Todesfälle von Inhaftierten gemeldet, was insgesamt 47 Todesfälle im Jahr 2023 ergibt. Mit anderen Worten: Zwischen dem 27. März 2022 und April 2023 verloren 153 Personen ihr Leben in staatlicher Obhut.

Unter den Todesfällen befinden sich 30 Fälle, in denen die gemeldete Todesursache ein Ödem ist, darunter 26 Fälle von Lungenödem, 3 Fälle von Hirnödem und 1 Fall von generalisierten Ödemen, obwohl die Leichen in mehreren dieser Fälle Spuren von Gewalt aufwiesen. Darüber hinaus wurden 4 Fälle gemeldet, in denen die Todesursache einem Infarkt entsprach. In 2 dieser Fälle waren die aufgrund der Vorerkrankung für den Gesundheitszustand der Inhaftierten erforderlichen Medikamente nicht zur Verfügung gestellt worden. Diesbezüglich wurden 17 Fälle festgestellt, in denen der Staat seiner Pflicht zur Bereitstellung einer angemessenen medizinischen Versorgung nicht nachgekommen war oder die erforderlichen Medikamente für den bereits bestehenden Gesundheitszustand der Inhaftierten nicht bereitstellte. Darüber hinaus wurden 2 Fälle gemeldet, in denen Anämie die Todesursache war.

Bei den Zeugenaussagen gibt es auch Stimmen von Angehörigen von Todesopfern, die von Banden und vom Staat angegriffen wurden. Ein 52-jähriger Mann zum Beispiel, der einen kleinen Laden und eine Mühle besaß, wurde von den Banden erpresst; er wurde verhaftet, weil man ihn für einen Kollaborateur dieser Gruppen hielt. Dieser Mann starb an einem Hirnödem. Ein anderes Beispiel ist ein 30-jähriger Mann, der als Fahrer mit seinem eigenen Fahrzeug gearbeitet hatte und der in der Haft an den Folgen einer Strangulierung starb. Die Polizisten, die ihn verhafteten, sagten ihm: "Du bist nicht im Unrecht, aber Befehl ist Befehl, und wenn wir dich nicht mitnehmen, können andere kommen, du kannst geschlagen werden, und hier ist deine Familie". Die öffentlichen Einrichtungen haben nicht mitgeteilt, ob Ermittlungen zu diesen Todesfällen eingeleitet wurden oder nicht.

Die Sicherheitsbehörden geben fast immer an, dass der Tod auf eine Krankheit oder einen chronischen Gesundheitszustand zurückzuführen ist, obwohl die meisten Personen ohne Vorerkrankungen in das Gefängnisystem kamen. Daraus lässt sich ableiten, dass mindestens 28 Personen einen gewaltsamen Tod durch Folter, Schläge, mechanische Erstickung durch Strangulation,

Verletzungen und andere Ursachen erlitten haben. Diese wurden vom Institut für Rechtsmedizin (IML) dokumentiert und in anderen Fällen hat Cristosal festgestellt, dass die Leichen Anzeichen von Gewalt aufwiesen.

Ein 23-jähriger junger Mann, der am 18. April 2022 starb, wies Anzeichen von Schlägen an verschiedenen Körperteilen auf, gebrochene Füße und Hände, Wunden auf dem Rücken in Form einer länglichen Verbrennung, was darauf hindeutet, dass er möglicherweise ein Opfer von Folter geworden ist. Die Leiche wurde der Familie in einem geschlossenen Sarg übergeben. Die IML stellte fest, dass es sich um einen "plötzlichen Tod" handelte. Ein anderer 24-jähriger Mann hatte sogar eine Perforation durch eine seiner Schultern. Eine der häufigsten Todesursachen, die in den Berichten der IML und der Krankenhäuser beschrieben werden, ist der Erstickungstod.

Zu den Foltermustern berichtete ein Mann, der in "Mariona" festgehalten worden war, Folgendes: "[Die Zelle] hatte versiegelte Fenster, sie sind aus Eisen und versiegelt wie eine Blechdose, keine Luft kommt durch diese Fenster, Luft kommt nur durch die Tür. Das Zellendach besteht aus einem Gesims. Ich war dort bis etwa zum 25. August und während dieser Zeit sah ich, dass etwa 10 Menschen erstickten. In den gegenüberliegenden Zellen sah ich, dass andere Menschen starben, weil die Wachen sie töteten. Die Wachen holten jemanden heraus, vielleicht weil ein Wachmann kam und der Gefangene ihn gesehen hatte, sie schlugen ihn mitten auf dem Hof und verpassten ihm Elektroschocks."

Die Anwendung von Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung war ein Dauerzustand; dazu gehören Schläge und Misshandlungen, Drohungen und sogar Elektroschocks. Ein 24-jähriger Mann erzählte: "Sie kamen gegen halb fünf Uhr nachmittags [...], sie sagten ihnen, sie sollten aussteigen, sie drückten sie im Eingangsbereich des Gefängnisses nieder, eine halbe Stunde auf Schotterboden, sie konnten sich wegen der Hände im Nacken nicht bewegen, ihre Knie fingen an zu bluten. Dann begannen verbale Beschimpfungen durch die Wachen, die sie als Bandenmitglieder betrachteten: ‚Ihr seid gekommen, um faules Wasser zu trinken, ihr werdet die Sonne nie wieder sehen.‘ Nachdem sie gezwungen worden waren zu knien, ließen die Wachen sie herumlaufen und dann wieder knien, dann mussten sie wieder anhalten.... Dann brachten sie ihn an einen Ort namens "el Barco" (das Boot), wo sie ihn mit einem Knüppel schlugen, weil er einige von ihnen überholte und aus der Reihe tanzte, sie schlugen ihn und er reihte sich wieder in der Schlange ein".

Auch die Verletzung des Rechts auf Gesundheit ist ein Dauerzustand während des Ausnahmezustands. Den Gefangenen wurden keine Medikamente, Lebensmittel oder Gegenstände der Körperpflege zur Verfügung gestellt, was eine direkte Verantwortung des Staates für Krankheiten oder Todesfälle darstellt. Es ist auch dokumentiert worden, dass einige Personen bei der Verlegung in Gesundheitszentren gestorben sind. Die dokumentierten Fälle geben Anlass zu der Behauptung, dass die Gesundheitsversorgung der Gefängnisinsassen nicht vorhanden oder beklagenswert schlecht ist, wodurch sich jede Vorerkrankung während der Haft verschlimmert. Die ungesunden Bedingungen und die Überbelegung sind die Ursache für eine weitere Verschlechterung bei den Personen, die Krankheitsmuster und chronische Beschwerden aufweisen.

Die Bedingungen, denen die Menschen ausgesetzt sind, die im Rahmen der Ausnahmeregelung ihrer Freiheit beraubt wurden, sind typisch für grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung, da die Betroffenen unter extremer Überbelegung, Mangel an Nahrung, fehlender medizinischer Hilfe und Versorgung und fehlenden Medikamenten leiden. Dazu kommen Folterpraktiken, Schläge, Bestrafung, ständiges Eingesperrtsein ohne Zugang zum Sonnenlicht. Außerdem fehlt Wasser zum Trinken sowie für die persönliche Hygiene, für die Nutzung von sanitären Einrichtungen und die Reinigung der Zellen, um nur einige Punkte zu nennen. Dies ist eine Regierungspolitik der Bestrafung

und des Terrors für die während des Ausnahmeregimes inhaftierten Personen, die sich auf die gesamte salvadorianische Bevölkerung auswirkt.

Mit Hilfe eines Videos, das den Charakter eines Action- und Terrorfilmes hat, wurde der Abschluss des Baus des CECOT [Centro de Confinamiento del Terrorismo – Zentrum zur Eindämmung des Terrorismus; Anm. d. Ü.] angekündigt. Mit übertriebenem Stolz wurde es als das größte Gefängnis Amerikas bezeichnet. In einem Land wie El Salvador, in dem das Bildungs- und Gesundheitswesen prekär sind, ist die Errichtung eines Gefangenenlagers wie des CECOT Teil der Machttheatralik mit dem Ziel, Stärke zu demonstrieren, anstatt sich auf die Lösung struktureller Probleme zu konzentrieren, wie z.B. die Notwendigkeit, Universitäten oder Krankenhäuser zu bauen. Als wäre das nicht genug, wurden die Kriterien für die öffentliche Auftragsvergabe für den Bau dieses Strafvollzugszentrums verheimlicht. Dies zeigt eine andere Seite des Ausnahmeregimes: die Möglichkeit, öffentliche Mittel ohne jegliche Kontrolle zu verwenden, und zwar durch Gesetze, die der Korruption Tür und Tor öffnen.

Im Grunde stellt der CECOT aber keine Neuerung im Strafvollzug in El Salvador dar. In El Salvador wurden zwischen 2015 und 2019 neun Strafvollzugszentren eingeweiht, was auf die Fortsetzung und Vertiefung eines exzessiv strafenden Strafvollzugsmodells hinweist, in dem die ‚Hochsicherheitsgefängnisse‘ schon immer eine Priorität darstellten. Der CECOT ist in diesem Sinne eine vergrößerte Version der alten Strategie, die in El Salvador seit mehr als zwei Jahrzehnten vorherrscht. Sie wird heute als Propagandainstrument zur Legitimierung des Ausnahmeregimes eingesetzt.

Dieser Bericht enthält auch eine Analyse der Situation von Frauen, Kindern, Jugendlichen und der LGBTQ+-Bevölkerung während des Notstandsregimes. Eine Information zeigt die zentrale Rolle der Frauen während des Regimes: 80% der von Cristosal gesammelten Beschwerden wurden von Frauen eingereicht. Wie dieses Dokument zeigt, sind es die Frauen, die die Suche nach ihren inhaftierten Angehörigen, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten auf sich nehmen und gleichzeitig sind sie es, die sich um die Kinder und Jugendlichen kümmern, die alleingelassen sind, wenn ihre Eltern inhaftiert werden.

Die Menschenrechtsverletzungen, die Frauen während des Ausnahmeregimes erleiden, sind vielfältig, Cristosal fasst sie in folgende Gruppen zusammen:

- a) den Verlust von Ressourcen für ihren Lebensunterhalt und den ihrer abhängigen Familienmitglieder (Söhne und Töchter und ältere Menschen);
- b) die Verschlechterung der Lebensbedingungen, wenn Frauen wirtschaftlich von ihrem gefangenen Angehörigen abhängig sind;
- c) die zusätzliche Zuweisung von Erziehungs- und Pflegeaufgaben, insbesondere an ältere Frauen, die in der Regel die Mütter und Großmütter der Inhaftierten sind, zusätzlich zu der Tatsache, dass sie ohne finanzielle Mittel zurückbleiben und die Verantwortung für kleine Kinder tragen;
- d) die Verringerung des Einkommens und der Zeitaufwand für die Suche nach dem Verbleib ihrer Familienangehörigen, Sicherheiten und Zahlungsfähigkeit zu erhalten und verschiedene Institutionen aufzusuchen (PNC [Nationale Zivilpolizei; Anm. d. Ü.], PGR [Staatsanwaltschaft [Anm. d. Ü.], Strafvollzugsanstalten u. a.);
- e) Auswirkungen auf die körperliche, emotionale und geistige Gesundheit;
- f) Verlust von Lebensperspektiven, vor allem wenn sie ihr Studium oder ihr Geschäft aufgeben oder ihren Arbeitsplatz verlieren, um sich den Aufgaben der Familienfürsorge und der Suche nach Gerechtigkeit für ihre inhaftierten Familienmitglieder zu widmen.

Die Zeugenaussagen zeigen die unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen, denen die Frauen in den Gefängnissen während ihrer Inhaftierung ausgesetzt waren. Diese Maßnahmen "verletzen ihre

Würde, Intimität, physische, psychische und sexuelle Integrität und ihr Recht auf Gesundheit und Nahrung, unter anderem". Die Zeugenaussagen belegen, dass die Zahl der während des Ausnahmezustandes [in den Gefängnissen; Anm. d. Ü.] verstorbenen Frauen möglicherweise höher ist als die vier angegebenen. Eine Frau, die im Frauengefängnis "Cárcel de Mujeres" inhaftiert war, gab Folgendes an: "... In den Galerien im unteren Teil waren Tausende von Frauen, die auf dem Boden schliefen, ohne Matratzen, ohne Decken, und da es Winterzeit war, wurden sie nachts nass. Da es keine medizinische Hilfe gab, sah ich eine ältere Frau im Alter von 50 oder vielleicht 56 Jahren sterben. Ich wage zu behaupten, dass es sich um eine Lungenentzündung handelte.... Denn sie schlief auf dem Boden und fing an zu husten, hatte Fieber und konnte schließlich nicht mehr atmen. Sie wurde aus der Zelle geholt und in die Krankenstation gebracht. ... Und am nächsten Tag sagten sie ihrer Tochter, die auch bei uns war, dass ihre Mutter gestorben sei."

In diesem Geflecht von Gewalt gegen weibliche Häftlinge spielte das Gefängnispersonal eine herausragende Rolle bei der Verübung von Aggressionen, da Männer eingesetzt wurden, die wahrscheinlich nicht für den Umgang mit Frauen ausgebildet sind. Eine Frau, die in Apanteos inhaftiert war, berichtete Folgendes: "Als wir dort ankamen, waren die meisten der Wachen Männer. Diejenigen, die Gefangene auf Bewährung beaufsichtigten, waren Männer, diejenigen, die kochten, waren Männer. Die meisten waren Männer, die wir dort gesehen haben... Ja, es gab auch Frauen, aber sagen wir mal, es war die Nachtschicht, es waren zwei Männer und eine Frau. Wenn es Zeit war, zu baden, gab es nur weibliche Wachen. Aber von da an waren es die meiste Zeit Männer".

Diese Frauen erhielten auch nicht die Lebensmittelpakete und Medikamente, die ihre Verwandten für sie hinterlassen hatten, d.h. ihre Rechte auf Nahrung und Gesundheit wurden verletzt. Auch lesbische Frauen wurden diskriminiert und misshandelt. Laut Zeugenaussagen wurden sie in Folterzellen gesteckt oder geschlagen. Es gibt auch Berichte über den Einsatz von Pfefferspray, das nachts auf die Frauen gesprüht wurde. All dies ist ein schwerer Rückschlag für die Einhaltung der besonderen Rechtsvorschriften zum Schutz von Frauen und der internationalen Verträge zu diesem Thema.

Auch Kinder und Jugendliche sind von verschiedenen Arten von Gewalt betroffen. In diesem Punkt ist es paradox, dass das Ley Crecer Juntos [Gesetz über gemeinsames Aufwachsen; Anm. d. Ü.], das als Erfolg der Regierung gepriesen wird, eines der am wenigsten befolgten Gesetze ist. Jugendliche sind mit der Beeinträchtigung ihrer Lebensperspektiven konfrontiert, weil sie Verantwortung übernehmen müssen, die ihrem Alter nicht angemessen ist, wie z. B. die Ernährung und die Grundversorgung ihrer Familien, und sie sind oft gezwungen, die Schule abzubrechen.

Ein weiterer Aspekt der Menschenrechtsverletzungen, die während des Notstandsregimes begangen werden, ist die Demontage von Rechtsgarantien und von ordnungsgemäßen Verfahren durch Reformen des Strafrechts. Dies hat dazu geführt, dass ein "Strafrecht des Feindes" ohne jegliche verfassungsrechtliche Kontrolle eingeführt wurde.

Dieser Bericht schließt mit einer juristisch-technischen Analyse der Liste der Strafrechtsreformen zum Abbau der Rechtsgarantien. Er beginnt mit den zwischen April und März 2022 verabschiedeten Reformen, mit denen das Strafmaß erhöht und die Möglichkeit für strafrechtliche Vergünstigungen wie Alternativen zur Untersuchungshaft abgeschafft wurde; weitere durch die Reformen bedingte Veränderungen sind die Verlängerung der Verwaltungs- und Untersuchungshaft; die Befugnis, Haftstrafen gegen Kinder und Jugendliche zu verhängen, die wie Erwachsene behandelt werden; die Befugnis, Gerichtsverhandlungen in Abwesenheit des Angeklagten zu führen und Strafen zu verhängen; die Geheimhaltung der Identität von Richtern und Justizangestellten, die in den Prozessen auftreten (gesichtslose Richter); die rückwirkende Anwendung von Reformen; und die Befugnis, Vertretungs-Zeugen zuzulassen, die die eigentlichen Zeugen vertreten.

In der Folge wurden Maßnahmen ergriffen, um die journalistische Arbeit zu kriminalisieren, und es wurden besondere Vorschriften für die Beschaffung öffentlicher Güter und Dienstleistungen erlassen. Die letztgenannte Maßnahme fördert, wie bereits erwähnt, die Korruption durch Umgehung von Kontrollen und Transparenz bei der Verwaltung öffentlicher Mittel. In einem zweiten Block von Reformen, die zwischen September und November 2022 in Kraft traten, wurden die Strafprozessordnung, das Telekommunikationsgesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und das Organische Justizgesetz reformiert. Diese Reihe von Reformen zeigt die Rückbesinnung auf das inquisitorische System der Strafrechtspflege, angeleitet von den Richtern des Regimes. Cristosal hat drei Verfassungsklagen gegen einige dieser Reformen eingereicht. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Berichts war jedoch noch keine dieser Klagen entschieden worden.

Seit dem Inkrafttreten des Notstandsregimes heben die oben beschriebenen Reformen der Strafgesetze rechtliche Garantien auf oder schränken sie ein, und zwar weit über die von der Verfassung und internationalen Verträgen erlaubten Grenzen hinaus. Ebenso haben diese Reformen zu willkürlichen Praktiken geführt, die schwere Menschenrechtsverletzungen durch Staatsanwälte und Richter darstellen. Einige dieser Praktiken umfassen Handlungen oder Unterlassungen, die sogar den Tatbestand eines Verbrechens erfüllen könnten.

Aus all diesen Gründen kommt Cristosal zu dem Schluss, dass nach einem Jahr der Ausnahmeregelung diese Strafmaßnahme, die keine Ausnahmeregelung mehr ist, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt hat; sie hat sich in ein Terrorregime verwandelt. Sie hat die Anwendung von Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung von Gefangenen zu einer gängigen Norm gemacht. Diese Spirale der Gewalt ist Teil einer bewussten Politik der Bestrafung, die von Präsident Nayib Bukele selbst und den Beamten, die das Sicherheitskabinett bilden, vorangetrieben wird. Diese Botschaften und Befehle, die in öffentlichen Reden, sozialen Medien und sogar in Werbespots wiederholt werden, werden von den Behörden und dem Gefängnispersonal aufgegriffen und ausgeführt. All dies geschieht mit Duldung der FGR [Staatsanwaltschaft; Anm. d. Ü.], die den Berichten über Gewalt und Todesfälle in den Gefängnissen nicht nachgeht.

Wie Cristosal in früheren Berichten dargelegt hat, werden diese Menschenrechtsverletzungen als staatliche Politik auf höchster Ebene systematisch begangen und richten sich auf ein bestimmtes Segment der Bevölkerung (Bewohner*innen in konfliktreichen Gemeinden, in einer Situation der Armut und meist junge Menschen). Dies rechtfertigt es, diese Menschenrechtsverletzungen nach dem Völkerrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen.

Inoffizielle und nicht autorisierte Übersetzung der Zusammenfassung des Cristosal-Berichtes vom 29.05.2023. Übersetzung: Amnesty International, El Salvador-Koordinationsgruppe, Postfach 7123, 71317 Waiblingen.

Verbindlich ist das spanische Original: **Resumen ejecutivo: “Un año bajo el régimen de excepción: una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos”**, aufrufbar unter <https://cristosal.org/wp-content/uploads/2023/05/Resumen-ejecutivo-informe-primer-ano-RE-.pdf>

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.ai-el-salvador.de/ausnahmezustand-2022.html>